

VERBÄNDE GEGEN KÜRZUNGEN IN DER PSYCHOTHERAPIE



Pressemitteilung

4.000 Menschen demonstrierten in Berlin für die Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung

Berlin, 15. April 2026: 4.000 Psychotherapeut*innen und Unterstützer*innen demonstrierten laut Polizeiangaben in Berlin im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages gegen die geplanten Kürzungen in der Psychotherapie. Ein breites Bündnis von psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbänden hatte zu der Demo aufgerufen, die vom Bundestag bis zur Zentrale des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) führte. Eine Honorarkürzung um 4,5 Prozent sowie die Kürzung psychotherapeutischer Leistungen in den Plänen der Finanzkommission Gesundheit waren Auslöser der Proteste.

Gemeinsam mit der Petentin Johanna Alisa Jung, deren Petition „Monatelange Wartezeiten – und jetzt werden psychotherapeutische Leistungen gekürzt?“ innerhalb kurzer Zeit über 550.000 Unterschriften erreichte, forderten die Psychotherapeut*innen die Politik lautstark auf, die Kürzungen in der Psychotherapie zu stoppen.

Die Argumente der Demonstrant*innen waren eindeutig: Angesichts „klammer“ Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen rechnet sich Psychotherapie besonders. Jeder hier investierte Euro spart gesamtgesellschaftlich 2 bis 4 Euro ein. Zugleich macht Psychotherapie nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten innerhalb der GKV-Versorgung aus, und die Fachgruppe der Psychotherapeut*innen bildet bei den Vergütungen das Schlusslicht. Daher ist es umso unverständlicher, dass der erweiterte Bewertungsausschuss die Vergütung für Psychotherapie auf Betreiben des GKV-SV ab April pauschal um 4,5 Prozent abgesenkt hat und die Finanzkommission Gesundheit den Rotstift ausgerechnet bei den psychotherapeutischen Leistungen ansetzt. Die Demonstrierenden forderten das Bundesministerium für Gesundheit auf, den Beschluss des Bewertungsausschusses zu beanstanden. Außerdem riefen sie dazu auf, weitere Maßnahmen, die die psychotherapeutische Versorgung aushöhlen, zu stoppen.

Eine starke und sichtbare Unterstützung für ihre Anliegen erfuhr die Profession der Psychotherapie durch die spontane solidarische Teilnahme des gesamten KBV-Vorstands, bestehend aus Dr. Andreas Gassen, Dr. Stephan Hofmeister und Dr. Sibylle Steiner. Die Unterstützung der KBV-Spitze, insbesondere durch den Redebeitrag des Vorstandsvorsitzenden Dr. Gassen, verwandelt den Protest endgültig von einer Fachgruppen-Bewegung in eine systemrelevante Grundsatzdebatte, die man politisch nicht mehr ignorieren kann.

Mathias Heinicke, Vorsitzender des Bundesverbands der Vertragspsychotherapeuten e.V. (bvvp), betont in seinem Beitrag: „Was der GKV-Spitzenverband mit den Honorarkürzungen in der

Psychotherapie betreibt, ist keine harmlose Korrektur, es ist keine kleine technische Anpassung und es folgt erst recht nicht gesundheitspolitischer Vernunft. Es ist ein Angriff auf unsere Arbeit, unsere Praxen – vor allem aber ist es ein Angriff auf die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen.”

Die Veranstalter*innen senden dann auch eine klare Botschaft an den GKV-SV, vor dessen Haustür die Demonstration mit einer Abschlusskundgebung endete: Es gibt eine Reihe harter Fakten, die ganz klar für eine Weiterentwicklung der psychotherapeutischen Versorgung und nicht für ein Zusammenstreichen sprechen. Sie überreichten ein entsprechendes Faktenblatt und boten wiederholt Unterstützung bei der Entwicklung einer effizienten, leitlinienorientierten psychotherapeutischen Versorgung an.

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

Anja Manz – bvvp Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54 / Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de